

# Inhaltsverzeichnis

Gliederung .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XVII
Einleitung .....	1
<b>Teil 1: Die Rechtsetzung durch Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse im System der Polizeilichen und Justitiellen Zusammenarbeit in Strafsachen nach Titel VI des EU .....</b>	7
<b>A. Die Polizeiliche und Justitielle Zusammenarbeit in Strafsachen nach Titel VI des EU .....</b>	7
I. Die PJZS als Aufgabe der „Union“ .....	7
1. Zuweisung von Verbandskompetenzen an die „Europäische Union“ .....	7
a) „Europäische Union“ als Träger der Verbandskompetenz .....	9
b) Inhalt der Verbandskompetenz der „Europäischen Union“ in der PJZS .....	12
c) Bestimmung der Organkompetenzen für die PJZS .....	13
2. Abgrenzung zur Verbandskompetenz der EG .....	14
3. Abgrenzung zu den Kompetenzen der Mitgliedstaaten .....	16
a) Keine Hoheitsrechtsübertragung auf die Europäische Union ..	16
b) Völkerrechtliche Beschränkung der Ausübung mitgliedstaatlicher Kompetenzen ? .....	17
c) Begründung völkerrechtlicher Verpflichtungen durch die Art.29 ff. EU .....	18
d) Zuständigkeit für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und den Schutz der inneren Sicherheit .....	19
II. Ergebnis .....	20
<b>B. Rechtsetzung durch Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse .....</b>	21
I. Verpflichtungswirkung der Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse .....	21
1. Rahmenbeschluss gemäß Art.34 Abs.2 Satz 2 lit.b EU .....	21
a) Angleichung .....	21
b) Rechts- und Verwaltungsvorschriften .....	23
c) Verbindlichkeit des Ziels .....	25
(1) Rechtsetzungs- bzw. Rechtsanpassungsbefehl .....	26
(2) Auslegungsmaßstab .....	28
2. Beschluss gemäß Art.34 Abs.2 Satz 2 lit.c EU .....	29
a) für jeden anderen Zweck .....	29
(1) Verhältnis zu Rahmenbeschlüssen .....	30
(2) Verhältnis zu Übereinkommen .....	30
(a) Übereinkommen als „Auffang-Instrument“ ? .....	30
(b) Abgrenzung nach möglichem Inhalt ? .....	32
(c) Bezugnahme auf mitgliedstaatliche Verfassungen .....	32
(d) Ergebnis .....	35

(3) Rückschlüsse für den Regelungsgegenstand von Beschlüssen .....	36
b) Verbindlichkeit .....	36
c) Verpflichtungswirkung .....	37
3. Umsetzungsfrist und Überwachung .....	41
4. Ausnahmefall der öffentlichen Ordnung und inneren Sicherheit.	43
<b>II. Rechtliche Einordnung der Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse ....</b>	<b>43</b>
1. Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse als völkerrechtliche Verträge .....	44
a) Bezeichnung .....	45
b) Kriterium der Bindung .....	45
c) Existenz des Art.34 Abs.2 Satz 2 lit.d EU .....	46
d) Strukturelle Weiterentwicklung der PJZS .....	47
e) Doppelfunktion als Beschluss und Vertrag nach der Rechtsprechung des BVerfG .....	50
f) Ergebnis .....	51
2. Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse als auf den gleichen Erfolg gerichtete, parallel abgegebene einseitige Willenserklärungen der Mitgliedstaaten .....	51
3. Rahmenbeschlüsse und Beschlüsse als eigenständige völker- rechtliche Rechtsakte mit unmittelbarer Bindungswirkung .....	51
<b>III. Innerstaatliche Geltung der Verpflichtungen in der Bundes- republik Deutschland .....</b>	<b>52</b>
1. Innerstaatliche Geltung aufgrund genereller Übernahme ? .....	54
a) Generelle Übernahme aufgrund verfassungsrechtlicher Anordnung .....	54
b) Antizipierte Übernahme durch das Vertragsgesetz zum Unionsvertrag .....	57
2. Innerstaatliche Geltung aufgrund spezieller Übernahme .....	60
a) Zuständigkeit .....	61
(1) Verbandskompetenz .....	61
(2) Organkompetenz .....	62
b) Materielle Anforderungen an die Umsetzung .....	63
(1) Maßnahmen zur Umsetzung von Beschlüssen .....	64
(2) Maßnahmen zur Umsetzung von Rahmenbeschlüssen .....	65
(a) Unionsrechtliche Vorgaben .....	65
(b) Mitgliedstaatliche Vorgaben .....	67
c) Beispiele für die Umsetzung in das Recht der Bundes- republik Deutschland .....	68
(1) Umsetzung von Rahmenbeschlüssen .....	68
(2) Umsetzung von Beschlüssen .....	71

3. Sanktionierung fehlender oder unzureichender Umsetzung durch „unmittelbare Wirkung“ ? .....	73
IV. Ergebnis .....	79
<b>Teil 2: Die Rechtmäßigkeitskontrolle gem. Art.35 Abs.6 EU .....</b>	<b>81</b>
<b>A. Klagegründe als Prüfungsmaßstab der Klage im Sinne von Art.35 Abs.6 EU .....</b>	<b>81</b>
I. Unionsvertrag – sämtliche oder nur einzelne Vorschriften ? .....	82
1. Argumente für die Heranziehung des gesamten Unionsvertrages .....	82
2. Argumente gegen die Heranziehung des gesamten Unionsvertrages .....	83
3. Wertung .....	84
a) Zuständigkeitsbegründende Wirkung von Art.46 lit.b EU ?....	84
b) Bestimmung des Prüfungsmaßstabs .....	86
c) Ergebnis .....	87
II. Gemeinschaftsrecht .....	87
1. Bedeutung des Art.47 EU .....	88
2. Überprüfbarkeit gemäß Art.35 Abs.6 EU ? .....	90
III. Verhältnis zu Art.230 EG .....	91
1. Auslegung des Art.230 EG durch den Gerichtshof .....	91
2. Kritik der Literatur .....	92
3. Wertung .....	93
4. Ergebnis .....	96
IV. Bedeutung der Klagegründe im Einzelnen .....	97
1. Unzuständigkeit .....	97
2. Verletzung wesentlicher Formvorschriften .....	99
a) Wesentlichkeit der Verletzung .....	99
b) Formvorschriften .....	100
(1) Vorbereitung der Willensbildung .....	100
(2) Regeln zum Beschlussverfahren .....	103
(3) Regeln zur äußeren Gestaltung der verbindlichen Verlautbarungen .....	103
c) Veröffentlichung .....	107
d) Ergebnis .....	108
3. Verletzung dieses Vertrages oder einer bei seiner Durchführung anzuwendenden Rechtsnorm .....	108
a) Normen mit Vertragsrang .....	109
(1) Unionsvertragliche Normen .....	109
(2) Protokolle als Bestandteil des Unionsvertrages .....	110
(3) Ungeschriebenes Unionsrecht .....	111
b) Bei der Durchführung des Unionsvertrages anzuwendende Rechtsnormen .....	113
(1) Maßnahmen des Europäischen Rates ? .....	114

<b>(2) Gemeinsame Standpunkte gemäß Art.34 Abs.2</b>	
Satz 2 lit.a EU .....	117
(a) Bedeutung der Veröffentlichungspraxis .....	118
(b) Unionsvertragliche Regelungen nur hinsichtlich der Wirkungen für Mitgliedstaaten .....	119
(aa) Bedeutung der Art.15 Satz 2 und 3, 37 Abs.1, 34 Abs.2 lit.b und c EU .....	119
(bb) Bedeutung der Art.39 Abs.1 Satz 1 und 35 Abs.6 EU .....	121
(c) Selbstbindung des Rats .....	122
(d) Unionsvertragliche Konzeption der Gemeinsamen Standpunkte .....	124
(e) Ergebnis .....	125
(3) Maßnahmen gemäß Art.34 Abs.2 Satz 2 EU .....	125
c) Ergebnis .....	126
4. Ermessensmissbrauch .....	126
5. Ergebnis .....	127
<b>B. Entscheidungsmöglichkeiten des Gerichtshofs gemäß Art.46</b>	
<b>lit.b, 35 Abs.6 EU .....</b>	128
I. Wesen der Klage gemäß Art.35 Abs.6 EU – Gestaltungs- oder Feststellungsklage ? .....	128
1. Unmittelbare unionsvertragliche Bestimmung der Entscheidungsbefugnis .....	129
2. Unionsvertragliche Verweisung auf Art.231 EG .....	130
a) Supranationale Wirkung des Art.231 Abs.1 EG ? .....	130
b) Mitgliedstaatliches Handeln <i>versus</i> Organhandeln als Gegenstand der Nichtigerklärung .....	131
c) Ergebnis .....	133
II. Nichtigerklärung des Rahmenbeschlusses bzw. Beschlusses .....	133
1. <i>Ex tunc</i> - und <i>erga omnes</i> -Wirkung der Erklärung .....	134
2. Gesamt- und Teilnichtigerklärung .....	135
3. Fortgeltung bestimmter Wirkungen gemäß Art.231 Abs.2 EG ...	137
III. Zulässigkeit weitergehender Aussprüche des Gerichtshofs ? .....	138
IV. Ergebnis .....	140
<b>C. Wirkungen des Urteils gemäß Art.35 Abs.6 EU .....</b>	141
I. Wirkungen auf Unionsebene .....	141
1. Verpflichtungen des Rates .....	141
a) Verpflichtung zur Urteilsanalyse als Bestandteil der Verpflichtung gemäß Art.46 lit.b EU in Verbindung mit Art.233 Abs.1 EG .....	141
b) Verpflichtung zur Beachtung der Rechtsausführungen .....	142
c) Verpflichtung zur Beseitigung der Folgen des aufgehobenen	

Rechtsaktes .....	143
(1) Aufhebung oder Abänderung von Folgemaßnahmen .....	143
(2) Ausgleich entstandener Nachteile .....	145
(a) Nachteilsausgleich im Gemeinschaftsrecht .....	145
(b) Nachteilsausgleich in der PJZS .....	147
(3) Umfang der Beseitigung .....	148
2. Verpflichtungen der anderen PJZS-Organe .....	149
<b>II. Wirkungen auf Ebene der Mitgliedstaaten .....</b>	<b>149</b>
1. Wegfall, Gegenstandslosigkeit oder innerstaatliche Rechtswidrigkeit des mitgliedstaatlichen Umsetzungsrechts ? ...	149
a) Wegfall des mitgliedstaatlichen Umsetzungsrechts ? .....	149
b) Gegenstandslosigkeit der mitgliedstaatlichen Umsetzungsmaßnahme ? .....	150
c) Rechtswidrigkeit der mitgliedstaatlichen Umsetzungsmaßnahme ? .....	151
(1) Umsetzung durch Exekutive .....	151
(2) Umsetzung durch Legislative .....	152
d) Ergebnis .....	153
2. Verpflichtung zur Aufhebung oder Aufrechterhaltung gemäß Art.29 ff. EU .....	154
a) Aufhebungsverpflichtung aufgrund „Fehleridentität“ ? .....	154
b) Verpflichtung zur Aufrechterhaltung oder Aufhebung aufgrund unionsrechtlicher „Treuepflichten“ ? .....	155
(1) Treuepflichten aus dem Kohärenzgebot ? .....	156
(2) Treuepflichten aus der Solidaritätsverpflichtung ? .....	158
(3) Treuepflichten aufgrund der Einsetzung von PJZS-Organen? .....	159
(4) Treuepflichten aus Art.34 Abs.1 EU .....	160
(5) Ergebnis .....	160
c) Verpflichtung zur Aufhebung aufgrund „Gemeinschaftstreue“ ? .....	160
d) Ergebnis .....	164
3. Verpflichtung zur Aufhebung oder Aufrechterhaltung nach allgemeinem Völkerrecht .....	164
a) Anpassungspflicht bezüglich der innerstaatlichen Rechtsordnung aufgrund allgemeiner völkerrechtlicher Treuepflichten ? .....	165
b) Erlass oder Aufrechterhaltung der Umsetzungsmaßnahme als völkerrechtliches Delikt ? .....	167
c) Ergebnis .....	169
<b>III. Ergebnis: Wirkungen des Urteils gemäß Art.35 Abs.6 EU .....</b>	<b>169</b>
<b>Teil 3: Zusammenfassung .....</b>	<b>171</b>
<b>Literatur .....</b>	<b>175</b>